

WAK Ständerat zum Bausparen

Zürich, 20. April 2010

MV hofft auf Korrektur durch den Ständerat

Die zuständige Kommission des Ständerates hat der Bausparinitiative des Hauseigentümergebietes nur mit Stichentscheid zugestimmt und der Baselbieter Bausparinitiative eine deutliche Abfuhr erteilt. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz appelliert an die Ständerätinnen und Ständeräte, die Vorlagen in der Parlamentsdebatte abzulehnen. Das steuerbefreite Bausparen verursacht hohe Steuerausfälle und schafft noch mehr Steuerprivilegien für wenige. Auch handelt es sich um eine Zwängerei: Das Stimmvolk hat eine Einführung des Bausparens bereits zweimal abgelehnt und an den Rahmenbedingungen hat sich nichts geändert.

Mit dem äusserst knappen Ja zur HEV-Initiative und dem klaren Nein zur Baselbieter Bausparinitiative der ständerätliche Kommission scheint es offen, wie der Ständerat entscheiden wird. Der Mieterinnen- und Mieterverband hofft, dass der Ständerat beide Bausparinitiativen ablehnen wird und damit ein Korrektiv zum Nationalrat schafft.

Auf Grund der Progression profitieren von den steuerbefreiten Bausparabzügen Personen mit hohem Einkommen am meisten. Für Steuerpflichtige mit unterem und mittlerem Einkommen sind die Steuereinsparungen viel geringer – wenn sie überhaupt Mittel für den Erwerb eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung auf die Seite legen können. Deshalb entpuppen sich die beiden Bausparinitiativen nicht als Instrument für eine zielführende Förderung des Wohneigentums, sondern als Volksbegehren für noch mehr Steuerprivilegien für wenige Reiche.

Für weitere Informationen besuchen Sie die Homepage des MV. Auf www.mieterverband.ch unter Aktuell/Medien finden Sie unser Positionspapier zur Wohneigentumsbesteuerung und zum Bausparen.

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz wird das Bausparen in einer Volksabstimmung klar bekämpfen. Auch aufgrund der Verfassung geht es nicht an, neue Steuerprivilegien für WohneigentümerInnen und solche, die es werden wollen, zu schaffen. Die damit ausgelösten Sparprogramme treffen die Mietenden, die sich nie Eigentum leisten können, wesentlich mehr als die gut Situierten. Auch haben unabhängige Studien bewiesen, dass das Bausparen kein effizientes Instrument ist für die Förderung des Wohneigentums. Kantone, die das Bausparen kennen, weisen gegenüber den anderen keine höhere Eigentumsquote auf. Vorzuziehen sind direkte Förderungsmassnahmen. Es müssen Mittel gemäss dem Wohnraumförderungsgesetz für den gemeinnützigen Wohnungsbau bereitgestellt werden. Der MV verlangt aber auch mehr Sicherheit beim Wohnen für alle, die sich nie Eigentum leisten können; das heisst einen besseren Kündigungsschutz und griffige Preisschutzvorschriften.

Der SMV/D hofft, dass der Ständerat die Initiativen ablehnen wird, auch um Steuerausfälle in den Kantonen zu verhindern. Bereits im Steuerpaket, das 2004 vom Stimmvolk abgelehnt wurde, bildete das Bausparen ein Ablehnungsgrund. Neben einer breiten Allianz von Fortschrittlichen hatten auch die Kantone erstmals seit dessen Einführung das Behördenreferendum ergriffen, da sie grosse Steuerausfälle befürchteten.

Für Auskünfte:

Anita Thanei, Präsidentin SMV/D: 079 634 47 18

Regula Mühlebach, Geschäftsleiterin: 043 243 40 42